Einfache Anfrage Gschwend-Altstätten vom 20. November 2006

Erdbeben-Risiko und Atomprojekte

Schriftliche Antwort der Regierung vom 19. Dezember 2006

Unter Hinweis auf die Erdbebenübung «Rheintal» im Oktober 2006 und auf einen Medienbericht der Axpo über ihre Atomkraftpläne ersucht Meinrad Gschwend-Altstätten in seiner Einfachen Anfrage vom 20. November 2006 um Auskunft über die Risiken von Anlagen mit Gefahrenpotenzial in st.gallischen Erdbebengebieten, namentlich im Rheintal. Er möchte insbesondere wissen, ob die Regierung Kenntnis von neueren Überlegungen zu Rüthi als denkbaren Standort für eine Atomkraftanlage habe.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Seit 1. April 1991 ist die eidgenössische Störfallverordnung in Vollzug. Sie gilt für Betriebe, in denen chemische und biologische Gefahrenpotenziale vorhanden sind, und hat zum Ziel, das Gefahrenpotenzial zu senken, Störfälle zu verhindern und die Auswirkungen bei einem Störfall (Grossunfall und Katastrophe) zu begrenzen. Die Störfallverordnung dient somit in erster Linie der Vorsorge. Für Betriebe, die in den Geltungsbereich der Störfallvorsorge fallen, prüft die Vollzugsbehörde in einem ersten Schritt den von der Betreiberin bzw. vom Betreiber eingereichten Kurzbericht. Sie beurteilt, ob eine schwere Schädigung für die Bevölkerung oder die Umwelt infolge eines Störfalls zu erwarten ist. Ist das erwartete Ausmass zu gross, muss eine Risikoermittlung durchgeführt werden.

Im Kanton St.Gallen wurden über 800 Betriebe und Anlagen erfasst und überprüft. Nach einer umfassenden Abklärung gelten nun noch rund 200 Betriebe als «störfallrelevant». Bei diesen Betrieben und Anlagen wurde das behördliche Kontrollverfahren durchgeführt, das Risiko beurteilt sowie die erforderlichen Vorsorge- und Sicherheitsmassnahmen nach dem Stand der Sicherheitstechnik eingeleitet. Dabei umfasst der Stand der Sicherheitstechnik mehr als die anerkannten Regeln der Technik: Er beinhaltet das aktuelle in der Fachwelt vorhandene und objektiv zugängliche technische Wissen über Sicherheitsmassnahmen. Bei Neubauten in störfallrelevanten Betrieben gelten die SIA-Normen vor allem auch hinsichtlich Erdbebensicherheit. Von 13 Betrieben und Anlagen, bei denen eine schwere Schädigung von Bevölkerung und Umwelt als Folge eines Störfalls nicht ausgeschlossen werden konnte, wurden Risikoermittlungen durchgeführt. Wo nötig wurde auch durchgesetzt, dass die Bauvorschriften über die Erdbebensicherheit beachtet werden. Die einzelnen Verfahren wurden mit einem Kontrollbericht des Amtes für Umweltschutz abgeschlossen. Diese Berichte sind öffentlich zugänglich.

Alle in den Geltungsbereich der Störfallverordnung fallenden Betriebe und Anlagen werden mit den relevanten Daten in einer Datenbank festgehalten. Die Daten umfassen namentlich die Angaben zur Chemikalieneinlagerung und entsprechenden Gefahrenpotenzialen und bilden ein wichtiges Element bei der Bewältigung von ausserordentlichen Ereignissen. Sie sind – zusammen mit den entsprechenden Daten der anderen Kantone – zudem die Grundlage für den Eidgenössischen Risikokataster ERKAS des Bundesamtes für Umwelt. Der Risikokataster wurde erst kürzlich aktualisiert. Die ERKA'05-Karte der im Kataster erfassten Betriebe ist im Internet abrufbar. Darüber hinaus hat das Amt für Umweltschutz vor einiger Zeit in einem Zehnjahresbericht einen Überblick über die in den Geltungsbereich der Störfallverordnung fallenden Betriebe im Kanton St.Gallen veröffentlicht.

Ursprünglich wurden in der Schweiz 10 Standorte für Kernkraftwerke in Betracht gezogen. 5 Anlagen wurden verwirklicht. Nicht gebaut wurden die Kernkraftwerke Kaiseraugst und Graben, die teilweise bereits über die erforderlichen Bewilligungen verfügten. Die weiteren Projekte in Verbois, Inwil und namentlich Rüthi wurden nicht weiter verfolgt. Es ist für die Regierung nachvollziehbar, dass mit Blick auf die vorhersehbare Verminderung der inländischen Stromproduktion von den Kernkraftbetreibern im Rahmen einer Vorstudie alle theoretischen Standortoptionen in die Evaluation miteinbezogen werden. Nach einer Auskunft der Axpo stehen aus verschiedenen Gründen jedoch die Standorte der bestehenden Kernkraftwerke im Vordergrund. Dem Kanton St.Gallen liegen in dieser Sache keine Anträge vor. Kernenergieanlagen bewilligt der Bund.